

Herr Viehof begründet ausführlich den Antrag der SPD-Fraktion und trägt im wesentlichen die in der Antragsformulierung genannten Aspekte vor. Generell ginge es um die Verbesserung der Infrastruktur. Im übrigen weist er darauf hin, dass Eitorf ohne nennenswerte Hilfe da stünde, da sich sowohl Windeck als auch Hennef das Problem nicht zu eigen machten. Die aktuellen Hochwasserereignisse hätten vor allem die Notwendigkeit ausreichender Retentionsräume stärker in den Vordergrund gerückt. Entscheidend für eine Optimierung der Verkehrsanbindung sei keinesfalls der Zeitfaktor, sondern vor allem auch die Entschärfung des Siegtales als Unfallschwerpunkt. Zur vorgeschlagenen Trasse äußert er, dass es mit einem konkreten Vorschlag dem Regionalrat möglich sei, eher zu entscheiden. Außerdem werde das Siegtal so erhalten. Mit der vorgeschlagenen Trassierung bilde man einen Brückenschlag zur Ortsumgehung Uckerath, somit biete sie auch Vorteile für Hennef. Alles in allem seien lediglich ca. 4 Kilometer Landstraße neu zu bauen. Schließlich habe der NRW-Verkehrsminister die Situation anl. des Hochwasserereignisses in Augenschein genommen.

Herr Schmidt verweist auf den bestehenden Beschluss des Rates, der bei lediglich einer Gegenstimme gefasst wurde. Hiernach wurde als einzig vernünftige Lösung für Eitorf als Verbindung nach Westen die Siegtal-Trasse bestätigt. Des weiteren verweist er auf die Aussage des Herrn Hesse vom Rheinischen Straßenbauamt in der Sitzung des APV vom 04.04.2002. Auf die gezielte Frage nach einer möglichen Trassenführung über den Berg nach Uckerath habe er deutlich gemacht, dass eine solche Variante aus fachlicher Sicht nicht zu realisieren sei. Mit Blick auf die Historie stellt er außerdem klar, dass es bereits eine konkrete Lösung für das Siegtal gegeben habe. Man solle sich nun noch einmal vor Augen führen, an wem diese gescheitert sei. Werde der bestehende Ratsbeschluss nun mit einer seiner Meinung nach unrealistischen Trasse verwässert, würden die Chancen für einen Ausbau der Siegtalstraße möglicherweise zunichte gemacht.

Herr Rösger bestätigt, dass die Aussage von Herrn Hesse sehr deutlich ausgefallen sei. Außerdem weist er auf die bereits initiierten Maßnahmen hin, so z.B. die L 333 auf den Kopf der A 560 münden zu lassen. Bereits in Vorplanung sei die Umgehung des Ortes Greuelsiefen. Kürzlich habe man außerdem einen Antrag betr. den Bereich von Bülgenuel nach Bach gestellt. Mit solchen kleinen Schritten komme man auch zum Ziel. Problematisch sei nach wie vor die finanzielle Situation. Diese erläutere er am Beispiel der Kaltebachbrücke in Hoppengarten. Obwohl nur ein Provisorium errichtet wurde, die Brücke wesentlich für den Verkehrsfluss in Windeck von Bedeutung ist und die Maßnahme auf Platz 1 der Prioritätenliste steht, werde die Erneuerung immer mehr verschoben, weil die entsprechenden Mittel fehlen. Weiter geht Herr Rösger auf den Landesstraßenbedarfsplan ein. Diesen gebe es zur Zeit nicht, da eine Neuaufgabe seit drei bis vier Jahren überfällig sei. So habe die Staatskanzlei den RP Köln angewiesen, den Beschluss des Regionalrates über Aufnahme einer Trasse zu ignorieren, weil sie nicht in einem gültigen Landesstraßenbedarfsplan berücksichtigt werden kann. Das Problem der Siegtalstraße sei, dass sie vor 140 Jahren für Ochsenkarren gebaut worden sei und den Ansprüchen einer vernünftigen Verkehrsanbindung für ein Mittelzentrum wie Eitorf nicht mehr genüge. Aber auch die von der SPD vorgeschlagene Neutrassierung führe durch FFH-Gebiet. Eine Steigung von rund 7-8 % sei ebenfalls problematisch. Er habe durchaus Respekt vor dem Engagement des Herrn Viehof, aber seinen noch am heutigen Tag eingeholten Informationen gemäß sei der Vorschlag nicht realisierbar.

Auch Herr Tandler beklagt, dass Eitorf mit seinen Überlegungen immer alleine da stehe. Weder Windeck noch Hennef hätten ein Interesse an einer verbesserten Anbindung. Kaum jemand habe sich so intensiv mit der Problematik auseinandergesetzt wie Herr Viehof. Der Vorschlag habe alleine schon deshalb jede Unterstützung verdient. Die von vorne herein formulierte Aussage „geht nicht“ sei eine alte Verwaltungsformulierung, die er nicht hinnehme. Von der bestehenden Beschlusslage könne man durchaus abrücken. Die Hochwasserereignisse hätten zu neuen Gegebenheiten geführt, die auch neues Handeln ermöglichen müssten. Er beantrage deshalb, über den Antrag abzustimmen.

Für Herrn Dehnert ist die Argumentation von Hochwasser und Landschaftsversiegelung insofern fragwürdig, als durch die vorgeschlagene Trassierung die gleichen Probleme geschaffen würden. Versiegelung entstände auch beim Bau einer dreispurigen Trasse mit allen Nebenein-

richtungen. Auch notwendige Brückenbauten würden dramatische Eingriffe in die Natur mit sich bringen. Den Hinweis auf die Unfallopfer hält er für beinahe demagogisch. Obwohl eine Geschwindigkeitsbegrenzung im Siegtal bestehe, sei die Mehrzahl aller Unfälle auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen. Auch an anderen Stellen im Rhein-Sieg-Kreis, an denen Straßen dreispurig ausgebaut wurden, hätten sich zu Unfallschwerpunkten entwickelt.

Herr Rösgen schlägt vor, die Kräfte darauf zu konzentrieren, eine Erhöhung der Finanzmittel zu erzielen und den zuständigen Minister Schwanhold einzuladen, sich vor Ort eingehend mit der Thematik auseinander zu setzen. So sei der NRW-Verkehrsminister anl. des Hochwassers vor Ort gewesen, er habe jedoch Zweifel, dass er sich an diesem Tage ernsthaft mit der hier diskutierten Problematik auseinandergesetzt habe.

Herr Viehof nimmt noch einmal Stellung und weist darauf hin, dass die Herren Schmidt und Rösgen nicht zu sagen wissen, wie denn nun gebaut werden soll. So sei ja auch keine andere Trasse beim Regionalrat zur Entscheidung vorgelegt worden. Nach wie vor gelte es, den Unfallschwerpunkt abzubauen. Außerdem handele es sich bei dem Vorschlag ja um eine Alternativstrecke, bei der man sich nichts vertue.

Aufgrund der vorangegangenen Wortmeldung erklärt Herr Rösgen zu Protokoll, dass eine Trassierung im Beschluss des Regionalrates in Zusammenhang mit dem GEP nach Auskunft des RP nicht übernommen wird, weil die Planung für die L 333 nicht im Landesstraßenbedarfsplan enthalten ist. Es sei nicht seine Aufgabe, eine Trasse vorzuschlagen. Jedoch habe man sich vielfältige Gedanken gemacht, die immer zu dem Ergebnis geführt hätten, auf der bestehenden Trasse zu bleiben. In diesem Sinne habe man auch entsprechende Anträge gestellt, um Stück für Stück weiter zu kommen. Dies sei realistisch. Einmal habe es in den letzten Jahrzehnten eine konkrete Ausbauplanung gegeben, die bereits zur Ausschreibung angestanden habe. Dieser Ausbau sei aus bekannten Gründen gescheitert.

Herr Kretzschmar ist der Meinung, dass man doch das gleiche Ziel verfolge. Er ist der Auffassung von Herrn Rösgen, punktuell vorzugehen. Er sehe deshalb auch heute keine Dringlichkeit und hält es für sinnvoll, die bestehende Beschlusslage nicht kaputt zu machen, sondern sich noch einmal im Fachausschuss mit dem Thema zu befassen.

Bürgermeister Patt fasst die vorgetragenen Argumente noch einmal zusammen. Von allen gewolltes Ziel sei doch letztendlich eine bessere Befahrbarkeit der Straße. Der Begegnungsverkehr müsse optimiert werden, wobei der Zeitfaktor tatsächlich zweitrangig sei. Den Zusammenhang zur Ortsumgehung Uckerath sieht der Bürgermeister im SPD-Vorschlag nicht, da keine gemeinsame „Spange“ erkennbar sei. Aber eine für Eitorf notwendige bessere Anbindung an die A 560 könne man erneut beim Land einbringen ohne sich hinsichtlich bestimmter Trassenführungen festzulegen. Generell bestehe doch Einvernehmen über die Verbesserung der Anbindung.

Herr Viehof ist auch für die Prüfung der Alternativstrecken.

Die bestehende Beschlusslage beinhalte den Tenor „von Eitorf bis zur A 560“, so Herr Rösgen. Dies müsse ausreichen. Seien nach außen schon innere Streitigkeiten oder Bedenken ersichtlich, bestehe die Gefahr, dass man alles kaputt mache und die Maßnahme vorerst gar nicht zum Tragen komme.

Herr Ersfeld beantragt schließlich gemäß Geschäftsordnung Ende der Debatte.

Dennoch ergeben sich weitere Wortmeldungen, so dass die Aussprache sich noch einige Minuten fortsetzt.

Der Bürgermeister schlägt schließlich vor, sich seitens der Gemeinde Eitorf noch einmal in einem Brief an die Landesregierung zu wenden, eine verbesserte Anbindung von Bach bis zur A 560 zu erreichen.

Herr Rösgen hält es für sinnvoll, heute keinen Beschluss zu fassen, um so nicht zwei Meinungen in der Sache zu dokumentieren, obwohl man doch vom Prinzip das gleiche Ziel verfolge. Brief und Antwort solle man abwarten und dann noch einmal im Fachausschuss beraten.

Herr Tendler ist der Meinung, dass man sich nichts vertue, den Minister noch einmal anzuschreiben. Betrachte man sich den Beschlussvorschlag des Antrages, werde hiermit doch nichts anderes gewollt. Dennoch spreche nichts dagegen, eine neue Trassenvariante ins Spiel zu bringen. Deshalb solle heute über den Antrag abgestimmt werden.

Nach der fast 60minütigen Aussprache lässt darauf hin Bürgermeister Patt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss-Nr. Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.
XI/24/334

Abstimmungs- 07 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 01 Enthaltung
Erg.: